

**Traktandum 4 / Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» und Gegenentwurf;
Entwurf Kantonsratsbeschluss und Gegenentwurf in Form eines neuen Gesetzes
über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG)
- Gegenentwurf in der Form einer Änderung des Gesetzes über die
familienergänzende Kinderbetreuung / Gesundheits- und Sozialdepartement**

1.	<p>Antragsteller/in Samuel Zbinden und Marcel Budmiger Paragraf 4 Abs. 1 <u>Antrag:</u></p> <p>Der Regierungsrat legt nach Anhörung der Gemeinden <u>und Sozialpartner</u> die Mindestvorgaben für die Qualitätsstandards von Kindertagesstätten und privaten Tagesfamilienorganisationen fest. Er kann Empfehlungen von privaten oder öffentlichen Organisationen für verbindlich erklären.</p>
2.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung Paragraf 4 Abs. 2 <u>Antrag:</u></p> <p>Er bestimmt die Standardkosten für die Kindertagesstätten und für die einer Tagesfamilienorganisation angeschlossenen Tagesfamilien. Die Standardkosten werden alle zwei Jahre überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Standardkosten entsprechen den anrechenbaren Durchschnittskosten zur Erfüllung der Mindestvorgaben für die Qualitätsstandards. Sie umfassen insbesondere die Personal-, Verwaltungs-, Miet- und Infrastrukturkosten sowie die Kosten für Hauswirtschaft, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung.</p> <p>(Ablehnung Antrag GASK)</p>
3.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung Paragraf 4 Abs. 2^{bis} (neu) <u>Antrag:</u></p> <p><u>Die Standardkosten sollten von Ausreissern bei der Summe der Nettobetriebskosten geglättet berechnet werden. Zugleich soll eine Auslastung von über 85 Prozent angenommen werden.</u></p>

4.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung Paragraf 4 Abs. 3 bis 5 <u>Antrag:</u></p> <p>3 Die zuständige Dienststelle führt ein Kompetenzzentrum für die vorschulische familienergänzende Kinderbetreuung. Dieses sorgt für die Weiterentwicklung und die Koordination der Angebote und bietet Beratung für den Aufbau solcher Angebote an.</p> <p>4 Sie führt ein regelmässiges Monitoring der familienergänzenden Kinderbetreuung durch, das Aufschluss gibt über die Nutzung und die Bedarfsorientierung des Angebots sowie über die Wirkung der Betreuungsgutscheine.</p> <p>5 Sie richtet den anspruchsberechtigten Betreuungsangeboten die Beiträge für den erhöhten Betreuungsaufwand gemäss § 22 aus.</p>
5.	<p>Antragsteller/in Sarah Bühler-Häfliger Paragraf 6 Abs. 2 <u>Antrag:</u></p> <p>Gelten höhere kommunale Qualitätsstandards, hat die Gemeinde den Kindertagesstätten die dadurch verursachten Mehrkosten zu vergüten. <u>Der Kanton vergütet den Gemeinden 50 Prozent der Mehrkosten.</u></p>
6.	<p>Antragsteller/in Sarah Bühler-Häfliger Paragraf 13 Abs. 2d <u>Antrag:</u></p> <p>Der Regierungsrat legt nach Anhörung der Gemeinden die Höhe der Betreuungsgutscheine und die den Anspruch ausschliessende Obergrenze des massgebenden Einkommens fest. Er berücksichtigt dabei, dass:(...)</p> <p>d. Erziehungsberechtigte sowohl mit tiefem als auch mit mittlerem Einkommen Betreuungsgutscheine erhalten <u>Erziehungsberechtigte maximal 30 Prozent der Standardkosten selbst tragen müssen,</u></p>
7.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung Paragraf 14 Abs. 1^{bis} (neu) <u>Antrag:</u></p> <p><u>Das massgebende Einkommen, bei welchem Betreuungsgutscheine ausgegeben werden, darf 90'000 Franken nicht übersteigen.</u></p>

8.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung Paragraf 22 <u>Antrag:</u></p> <p>1 Den Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung nach § 2 Absatz 1 werden Beiträge zur Abgeltung der Mehrkosten für die Betreuung von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf gewährt.</p> <p>2 Die Beiträge sind von den Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung bei der zuständigen Dienststelle zu beantragen. Mit der Antragstellung gilt für die Angebote sinngemäss die Auskunftspflicht gemäss § 16 Absatz 1.</p> <p>3 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung.</p>
9.	<p>Antragsteller/in Samuel Zbinden Paragraf 26 Abs. 4 (neu) <u>Antrag:</u></p> <p><u>Initial werden die Standardkosten für die Betreuung in einer Kindertagesstätte pro Tag und Kind ab 18 Monaten bei 150 Franken festgesetzt.</u></p>
10.	<p>Antragsteller/in Samuel Zbinden und Marcel Budmiger Paragraf 26 Abs. 5 (neu) <u>Antrag:</u></p> <p><u>Der Kanton strebt, basierend auf den Ergebnissen des Qualitätsberichtes, innerhalb von 6 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes für Luzerner Kitas die Einhaltung der Qualitätsvorgaben gemäss SODK/EDK-Empfehlungen an.</u></p>
11.	<p>Antragsteller/in Jasmin Ursprung <u>Antrag:</u></p> <p>Ablehnung des Gesetzesentwurfs.</p>